Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Weder abwegig noch empörend
2. SPD-Raketenantwort
3. Gaza
4. Israelischer Drohnenangriff tötet Hirten und Sohn im Südlibanon: IDF beharrt darauf, dass die Getöteten Terroristen waren
5. Gefährlicher Nervenkrieg über Atomabkommen zwischen Iran und USA
6. Zumindest besser als beim ersten Mal
7. Steuergeschenke für Konzerne
8. Gesetzlicher Mindestlohn: Zielrichtung 15 Euro
9. Die EU will Nord Stream sanktionieren
10. „Vom Trump-Tornado lernen“
11. „Demokratie: die radikalste Form der Zivilisierung von Macht“
12. Bilderberg lädt ein, unsere Parteienelite kommt geeilt
13. Ärztetag sorgt sich um Schüler und redet digitalisierungswütiger Bundesregierung ins Gewissen
14. Der wissenschaftliche Nachweis der Gefährlichkeit von Covid-Impfstoffen wird systematisch vereitelt
15. Absurdität der Woche: Rutte sagt, wenn wir Russisch lernen, können wir den Sozialstaat behalten

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Weder abwegig noch empörend**
   Der Aufruhr um das Friedens-Manifest ist völlig überzogen – trotz berechtigter Kritik.

Der außenpolitischen Debatte fehlt es an Maß und Tiefgang.
Der mediale und politische Tumult um das Manifest zur Ukraine-Politik von Ralf Stegner, Rolf Mützenich und weiteren Mitunterzeichnern offenbart vor allem eines: Der deutschen öffentlichen Reflexion und Debatte zur internationalen Politik mangelt es an Niveau – sowohl inhaltlich als auch im Umgangston. Beides steht in einem engen Zusammenhang.
Quelle: IPG Journal

dazu: **Teile der SPD besinnen sich wieder auf die Tradition der Entspannungspolitik Willy Brandts. Die Kritiker sind gekaufte Mäuler der USA oder ahnungslos.**
Das Friedensmanifest der SPD, das unter anderem von dem ehemaligen Parteivorsitzenden Norbert Walter-Borjans, dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich, dem ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse und dem Ex-Finanzminister Hans Eichel unterzeichnet wurde, ist ein lang erwarteter Debattenbeitrag. Die Autoren berufen sich auf die zwei wichtigsten Konzepte der einst so erfolgreichen sozialdemokratischen Friedens- und Entspannungspolitik: Gemeinsame Sicherheit und defensive Verteidigung. Die Sozialdemokratie unter Führung von Brandt, Schmidt und Bahr wusste: Im Atomzeitalter gibt es keine Sicherheit gegeneinander, es gibt sie nur gemeinsam. Und die Friedensforscher des Starnberger Max-Planck-Instituts, das 1970 unter Leitung von Carl Friedrich von Weizsäcker gegründet wurde, wussten: Eine defensive Verteidigung, zum Beispiel Abwehrraketen statt Angriffsraketen ohne Vorwarnzeiten, stabilisieren den Frieden und sind eine vertrauensbildende Maßnahme.
Es wundert einen nicht mehr, dass die Kritiker dieses wichtigen Debattenbeitrags der SPD mit keinem Wort auf diese beiden bewährten außenpolitischen Konzepte eingehen.
Quelle: Oskar Lafontaine via Facebook

dazu auch: **Glückwunsch zum Atomkrieg: Ein SPD-Manifest und die Lügen der Medien und Regierenden**
Um das SPD-Manifest zur Friedensicherung in Europa ist eine heiße Debatte entbrannt. Medien laufen Sturm gegen den Ruf nach Frieden. Und auch in der SPD rumort es. Boris Pistorius attestiert den kriegsunwilligen Genossen "Realitätsverweigerung". Derweil rückt die Welt dem Atomkrieg näher. Pistorius gratuliert.
Quelle: RT DE

und: **IPPNW begrüßt Debatte über Friedenspolitik statt Aufrüstung**

Die Friedensorganisation IPPNW begrüßt das SPD-Friedensmanifest als Anstoß für eine längst überfällige Debatte über Alternativen zur Hochrüstungspolitik von Bundesregierung und EU. Der russische Angriffskrieg hat das NATO-Bündnis in eine Eskalationsspirale getrieben, die es zu stoppen gilt. Deshalb unterstützt die IPPNW unter anderem die Ablehnung der Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Deutschland, die einen neuen Rüstungswettlauf befeuern würde. In der Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig. Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!“ setzt sich die IPPNW mit mehr als 50 zivilgesellschaftlichen Organisationen für einen Stopp der geplanten Stationierung ein.
Quelle: IPPNW

2. **SPD-Raketenantwort**
Nach »Manifest« sozialdemokratischer Friedenskreise: Deutschland und Ukraine steigen in gemeinsame Produktion weitreichender Waffen ein (…)
Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskij bezifferte Pistorius die zusätzliche deutsche Militärhilfe auf 1,9 Milliarden Euro. Mit dem Geld sollten unter anderem Raketen mit großer Reichweite finanziert werden. Wenn das zusätzliche Geld vom Bundestag beschlossen werde, dann stelle Deutschland in diesem Jahr insgesamt rund neun Milliarden Euro zur Verfügung. Pistorius erinnerte daran: »Ich kann für Deutschland sagen, dass wir in dieses Jahr hineingegangen sind, mit einer Unterstützung für die Ukraine in der Größenordnung von vier Milliarden Euro.« Dies sei »im Laufe der letzten Monate auf sieben Milliarden Euro aufgestockt« worden. »Und wir haben jetzt in der Planung, das ist noch nicht endgültig beschlossen, steht aber in Aussicht, einen weiteren Betrag von 1,9 Milliarden Euro.« Das Geld werde »dann in den nächsten Wochen und Monaten, wenn der Beschluss im Parlament gefasst ist, zur Verfügung stehen.«
Quelle: junge Welt

dazu auch: **Pistorius stellt weitere Ukraine-Hilfen in Aussicht**
In Dresden blockiert die eingestürzte Carolabrücke seit 8 Monaten die Elbe, einen Neubau gibt es vielleicht irgendwann 2030. Die Bahnverbindung Chemnitz-Leipzig bleibt ein Totalausfall und in Berlin werden aus Kostengründen die Freibäder nicht mehr geheizt. Dafür hat Bundesverteidigungsminister Boris #Pistorius (SPD) in #Kiew die Spendierhosen an.
Quelle: Sevim Dagdelen via Twitter/X

und: **Pistorius stellt in Kiew weitere 1,9 Milliarden Euro Militärhilfe in Aussicht**
„Ich kann für Deutschland sagen, dass wir in dieses Jahr hineingegangen sind, mit

einer Unterstützung für die Ukraine in der Größenordnung von vier Milliarden Euro“, erinnerte Pistorius. Dies sei „im Laufe der letzten Monate auf sieben Milliarden Euro aufgestockt“ worden. „Und wir haben jetzt in der Planung, das ist noch nicht endgültig beschlossen, steht aber in Aussicht, einen weiteren Betrag von 1,9 Milliarden Euro.“ Das Geld werde „dann in den nächsten Wochen und Monaten, wenn der Beschluss im Parlament gefasst ist, zur Verfügung stehen“, kündigte Pistorius an.
Quelle: Welt Online

Anmerkung unserer Leserin S.B.: *Die Zuwendungen für Behinderte werden gekürzt, sowieso wird in allen sozialen Bereichen gekürzt. Allzu viele Rentner arbeiten in der Rente nicht mehr (Merz). Über Rente ab 70 wird bereits diskutiert – wir benötigen ja Geld für die Waffenindustrie. Aber wie wir heute hier (bei der WELT) in einem Artikel lesen konnten, soll das Deutschlandticket abgeschafft werden, weil es jährliche zusätzliche Kosten von 2,9 Milliarden Euro verursacht. Dafür erhält die Ukraine Milliarden im Monatstakt. Schuldenbremse ist ja für diese Zuwendungen abgeschafft worden. Das Manifest von Stegner & Co wird als naiv und auch „irrsinnig“ deklariert. Hauptsache der Krieg geht weiter. Am besten Herrn Selenskyj eine Blankovollmacht geben und direkten Zugriff auf deutsche Steuergelder. Und wenn nun Putin auf die neue Long-Range-Fire-System-Firma mit einer Oreschnik reagiert – wie er es schon bei einer Rüstungsfabrik getan hat – dann wird sich gewundert.*

3. **Gaza**
   a. **Gaza – das lange Versagen des Westens**
   Die israelische Kriegsführung in Gaza ist nicht nur für die palästinensische Bevölkerung eine Katastrophe. Wenn der Westen die dortigen Völkerrechtsverbrechen, die nach Expertenmeinungen die Merkmale eines Genozids tragen, weiter tatenlos hinnimmt, geht damit auch die internationale Rechtsordnung zu Bruch.
   Quelle: Le monde diplomatique
   b. **Israelisches Militär tötet 120 Palästinenser in Gaza, darunter Dutzende in der Nähe einer Hilfsstation**
   Laut dem Gesundheitsministerium in Gaza wurden am Mittwochmorgen 57 Menschen, die Hilfe suchten, von israelischen Streitkräften getötet
   Das Gesundheitsministerium in Gaza teilte am Mittwoch mit, dass israelische Streitkräfte in den vergangenen 24 Stunden 120 Palästinenser getötet und 474 verletzt hätten, während IDF-Truppen weiterhin auf Menschen schossen, die Hilfe suchten, und israelische Angriffe weiterhin Ziele im gesamten Gazastreifen bombardierten.

Das Gesundheitsministerium gab an, dass am Mittwochmorgen insgesamt 57 palästinensische Hilfsuchende getötet und 363 verletzt wurden. Massaker an Palästinensern auf dem Weg zu von den USA und Israel unterstützten Hilfsverteilungsstellen sind in Gaza an der Tagesordnung.
Quelle: Antikrieg

c. **Verschiebung der Gaza-DebatteFür die Toten zu spät**
Immer mehr Medien berichten kritisch über Israels Kriegsverbrechen in Gaza. Doch der Schaden ist längst angerichtet – ein Muster, das sich wiederholt.
Quelle: Emran Feroz in der taz

d. **Ein globales Erwachen**
Tausende Menschen aus 52 Ländern marschieren ab dem 12. Juni 2025 durch die ägyptische Wüste zur Grenze nach Gaza, um die Missachtung des Völkerrechts durch Israel zu beenden.
Am 12. Juni 2025 bricht eine Graswurzelbewegung aus Zivilisten im Rahmen des „Global March to Gaza“ an die ägyptische Grenze zum Gazastreifen auf, um die illegale Blockade durch Israel zu durchbrechen. Die Initiative fand sich im Mai 2025 zusammen und wuchs schnell an. Sie setzt sich nicht aus NGOs oder Organisationen zusammen, sondern aus Einzelpersonen, darunter Ärzte, die selbst in Gaza waren, und Palästinenser aus der Diaspora, sowie Menschen aus anderen Ländern, die die Blockade Gazas nicht mehr hinnehmen können. Die Delegationen kommen aus 52 Nationen, darunter auch über 100 Menschen aus Deutschland.
Quelle: Manova

e. **UN-Generalversammlung verabschiedet Resolution über sofortigen Waffenstillstand in Gaza**
Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat am Donnerstag in einer Sondersitzung eine Resolution verabschiedet, die einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza und den sofortigen Zugang zu humanitärer Hilfe in großem Umfang fordert.
In der Resolution wird die Verwendung von Hunger als Kriegsmittel gegen Zivilisten sowie die unrechtmäßige Verweigerung des Zugangs zu humanitärer Hilfe nachdrücklich verurteilt.
Quelle: CRI online

f. **Ende der Spaltung? Protest gegen den Völkermord in GAZA**
Es gibt einen beachtlichen Aufruf zur Aktion gegen den Völkermord in GAZA. Er ruft auf, am 14. Juni gemeinsam um 14.00 Uhr in Berlin auf dem „Platz des 18. März“ (Brandenburger Tor) gegen den Mord an den Palästinensern zu demonstrieren. Beachtlich ist auch die Breite der Unterzeichner: Vom

Nachdenkseiten-Gesprächskreis über die Palästinensische Gemeinde Deutschland bis zur Naturwissenschaftler-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ hat sich eine Vielzahl von Organisationen und Initiativen für diesen Aufruf zusammengetan.
Quelle: Rationalgalerie

4. **Israelischer Drohnenangriff tötet Hirten und Sohn im Südlibanon: IDF beharrt darauf, dass die Getöteten Terroristen waren**
   Am Dienstag wurde ein israelischer Drohnenangriff am Rande des südlibanesischen Dorfes Shebaa gemeldet. Dabei wurden zwei Menschen, ein Vater und sein Sohn, getötet. Ein dritter, ebenfalls ein Sohn, wurde Berichten zufolge bei dem Angriff verletzt.
   Libanesische Medienberichte identifizieren die Getöteten als Mohammad Kanaan und Wael Kanaan. Mohammad, der Vater, wurde als Hirte identifiziert, sein Sohn als Soldat der libanesischen Armee. Der andere Sohn, der verwundet wurde, aber überlebte, wurde nicht öffentlich identifiziert.
   Quelle: Antikrieg
5. **Gefährlicher Nervenkrieg über Atomabkommen zwischen Iran und USA**
   Ein iranischer Journalist veröffentlichte Informationen über Dokumente, die der iranische Geheimdienst angeblich durch Cyberattacken in Israel ausspionieren konnte, während aus dem Iran zu hören war, dass man über eine Unmenge an strategischen israelischen Daten verfüge. Diese Veröffentlichung dürfte einen maßgeblichen Einfluss auf die Atomverhandlungen haben, die gegenwärtig zwischen den USA und dem Iran laufen. Während sowohl der Iran als auch die USA eine Friedenslösung anstreben, scheint Israel auf einen Angriff gegen iranische Atomanlagen zu setzen. Für kommenden Sonntag, den 15. Juni, sind im Oman Verhandlungen zwischen dem US-Sondergesandten Steve Witkoff und dem Iran geplant. Während immer wieder Gerüchte kursieren, dass die Gespräche abgesagt seien, beurteilte Witkoff die Atmosphäre als „positiv“.
   Quelle: Gela-News

   Anmerkung André Tautenhahn: *In diesen Kontext gehören dann auch die jüngsten Angriffe Israels auf den Iran. Dies ist ein offensichtlicher Versuch, die Verhandlungen der USA mit dem Iran zu stören.*

6. **Zumindest besser als beim ersten Mal**
   Eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung, am Mittwoch veröffentlicht, geht jetzt der Frage nach, wie die Partei in den dreieinhalb Ampeljahren tatsächlich gearbeitet hat. „Strukturen des Fortschritts“ lautet der Titel des 96-seitigen Reports, der

Entscheidungen der Ampelzeit nicht inhaltlich bewertet. Stattdessen, so heißt es schon im Vorwort, geht es eben um „die Abläufe, die Technik, die Mechanismen und die formellen wie informell entwickelten Strukturen grünen Regierens“.
Beauftragt hat die Stiftung damit den Politikberater Arne Jungjohann, der selbst einen Grünen-Hintergrund hat, einst für einen Bundestagsabgeordneten und für den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann gearbeitet hat.
Quelle: taz

Anmerkung Christian Reimann: *Wenn das Ergebnis der Ampelkoalition – vor allem das der grünen Bundesminister – nicht so verheerend wäre, könnte gelacht werden: Grüne bewerten Grüne und zu lesen ist das dann insbesondere in der grünen-nahen “taz”.*

7. **Steuergeschenke für Konzerne**
   Noch mehr Steuerentlastungen für Unternehmen? Genau das will die Bundesregierung nun umsetzen. Das großzügige Steuergeschenk will sie als „Investitionsbooster“ verkaufen. Eine geringere Unternehmensbesteuerung soll angeblich zu mehr Investitionen führen. Die Kosten belaufen sich voraussichtlich auf knapp 50 Milliarden Euro bis 2029. Tragen müssen sie der Bund mit 18 Milliarden Euro, die Länder mit 17 Milliarden Euro und die Kommunen mit 14 Milliarden Euro Steuerausfällen. Das gefährdet öffentliche Investitionen ebenso wie die Finanzierung kommunaler Aufgaben. Dabei sind pauschale Steuersenkungen nicht nur sehr teuer, sondern auch wenig wirksam.
   Quelle: ver.di
8. **Gesetzlicher Mindestlohn: Zielrichtung 15 Euro**
   Vom Mindestlohn profitieren viele Beschäftigte, doch es gibt Handlungsbedarf. Um ihn wirklich armutsfest zu machen, setzen sich die Gewerkschaften für eine spürbare Erhöhung ein. Die europäische Mindestlohnrichtlinie gibt die Marschroute vor, meint das #schlaglicht 19/2025 aus Niedersachsen.
   Quelle: DGB Niedersachsen #schlaglicht
9. **Die EU will Nord Stream sanktionieren**
   Brüssel hat ein komplettes Nutzungsverbot für die beiden Pipelines vorgeschlagen, zusammen mit einer Verringerung des “Ölpreisdeckels”. Gleichzeitig sind aber auch Sekundärsanktionen Teil des Pakets, die unter anderem China und Indien treffen.
   Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *BlackRock-Kanzler Merz und die vermutlich korrupteste Politikerin Deutschlands ziehen an einem Strang gegen die Interessen großer Teile der eigenen Bevölkerung. Bitte lesen Sie dazu auch “Gas als Waffe” mit*

einer Anmerkung.

10. **„Vom Trump-Tornado lernen“**
Ein Mitarbeiter einer US-Organisation mit engen Verbindungen zur extremen Rechten in Europa ist dabei, US-Botschafter bei der EU zu werden. Der Fast-Food-Manager Andrew Puzder, den die Heritage Foundation in Washington als Distinguished Visiting Fellow führt, hat am Dienstag Berichten zufolge seine Anhörung im US-Senat glimpflich überstanden und könnte nun zum Botschafter in Brüssel ernannt werden. Die den US-Republikanern nahestehende Heritage Foundation ist auf Trump-Kurs, seit im Dezember 2021 ihr aktueller Präsident Kevin Roberts diesen Posten übernommen hat. Die Vereinigung hat mit ihrem Project 2025 eine Art Blaupause für die Trump-Administration verfasst, von der inzwischen eine Reihe wichtiger Elemente in die US-Regierungspolitik eingeflossen sind. In Europa arbeitet die Heritage Foundation mit Ungarn zusammen, dessen Ministerpräsidenten Viktor Orbán sie in den höchsten Tönen lobt. Darüber hinaus kooperiert sie mit den Patriots for Europe (PfE), denen diverse Parteien der extremen Rechten in Europa angehören. Dabei orientiert sie auf einen Umbau der EU zu einem lockeren Staatenbund – nach dem Vorbild eines in der extremen Rechten populären Europa der Nationen.
Quelle: German Foreign Policy

dazu auch: **ITUC Rechtsindex 2025: Rechte der Gewerkschaften weltweit unter Beschuss**
Rechte und rechtsextreme Regierung versuchen Gewerkschaften immer weiter zurückzudrängen, wie der neue Globale Rechtsindex des Internationalen Gewerkschaftsbundes ITUC zeigt.
Das Streikrecht wurde im vergangenen Jahr in 87 Prozent der untersuchten Länder verletzt. Die legale Registrierung von Gewerkschaften in 74 Prozent wurde behindert und Kollektivvertragsverhandlungen in 80 Prozent erschwert. Der „Globale Rechtsindex 2025“ des Internationalen Gewerkschaftsbundes macht einmal mehr deutlich, dass die Rechte von Gewerkschaften weltweit unter Druck stehen. Von den 151 analysierten Staaten weisen nur drei Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr auf: Australien, Mexiko und Oman.
Quelle: Arbeit&Wirtschaft

11. **„Demokratie: die radikalste Form der Zivilisierung von Macht“**
Wer die Demokratie verteidigen und stärken möchte, sollte wissen, was ihr Wesenskern ist. Der Kognitionswissenschaftler Prof. Dr. Rainer Mausfeld ging dieser Frage nach und tauchte dafür tief in die Kulturgeschichte ein.
Wer viel besitzt, will noch mehr besitzen. Wer mächtig ist, will noch mächtiger

werden. Dieses Phänomen stellt seit Jahrtausenden ein Kernproblem jeder Gesellschaft dar, denn langfristig zerstört es das Gemeinwohl und ihren Zusammenhalt. Schon frühe Kulturen drohten daran zu zerbrechen – und begannen Strategien zur Begrenzung von Macht zu entwickeln. Im Alten Griechenland entstand eine sehr wirksame: die Demokratie. „Demokratie ist die radikalste Form der Zivilisierung von Macht“, stellt Rainer Mausfeld fest. „Die Eliten wurden einer vollständigen Kontrolle und Rechenschaftspflicht gegenüber der gesellschaftlichen Basis unterworfen.“
Quelle: Ökologiepolitik

12. **Bilderberg lädt ein, unsere Parteienelite kommt geeilt**
Auf der Teilnehmerliste des Bilderberg-Treffens ab heute in Stockholm stehen Vizekanzler Lars Klingbeil (SPD), Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) und Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU). (Kanzler Merz war schon letztes Jahr da.) Von wem sich dort unsere Spitzenpolitiker und teilnehmende Journalisten und EU-Bürokraten hinter verschlossenen Türen transatlantische Anregungen oder Anweisungen holen können, lässt sich der Liste auch entnehmen.
Für die Nachdenkseiten hat Marcus Klöckner einige interessante potentielle Kungelpartner herausgestellt:
Quelle: Norbert Häring

dazu: **Klingbeil und Klöckner bei Bilderberg-Konferenz 2025**
Quelle: NachDenkSeiten

13. **Ärztetag sorgt sich um Schüler und redet digitalisierungswütiger Bundesregierung ins Gewissen**
Der Deutsche Ärztetag empfiehlt, die Nutzung von Smartphones und Tablets an Schulen zu verbieten oder stark einzuschränken und fordert das Bundesbildungsministerium auf, Konzepte dafür zu entwickeln. Denn die exzessive Nutzung der Geräte durch Jugendliche schade deren Gesundheit und Lernentwicklung erheblich. Doch die Bundesregierung tickt ganz anders.
Quelle: Norbert Häring

Anmerkung Christian Reimann: *Ob die Politik dieser medizinischen Forderung folgen wird, kann bezweifelt werden. “Digital only” lautet deren Motto und dafür sollen die Bürgerinnen und Bürger offensichtlich bereits in möglichst jungen Jahren gewonnen werden. Leider haben sich auch zahlreiche Schulleitungen den politischen Wünschen gebeugt – wie zuvor bereits bei den politischen Corona-Maßnahmen.*

14. **Der wissenschaftliche Nachweis der Gefährlichkeit von Covid-Impfstoffen wird systematisch vereitelt**

Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI), das in Deutschland für die Sicherheit von Impfstoffen zuständig ist, wollte mit der Smartphone-App SafeVac 2.0 die Sicherheit und Verträglichkeit von Covid-19-Impfstoffen „aktiv“ überprüfen. Freiwillige geimpfte Teilnehmer beantworteten über die App bis zum Ende der Beobachtungsstudie 2023, Fragen zum aktuellen Gesundheitszustand. Damit versprach das PEI „die Häufigkeit, Schwere und die Dauer einer unerwünschten Reaktion zu ermitteln“. […]
Doch das ist offenkundig nicht opportun. Eineinhalb Jahre nach Ende der Datenerhebung ist nichts veröffentlicht und nichts über eine Auswertung der Daten bekannt. Die 730.000 Teilnehmer scheinen sich umsonst bemüht zu haben. Die Impfgeschädigten werden vom PEI im Stich gelassen.
Quelle: Norbert Häring

dazu: **Nachtrag zum SafeVac-Schmu des PEI: Es ist alles noch viel schlimmer**
Wenn die Informationen stimmen, die das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) gibt, dann verzögert die für die Impfstoffsicherheit zuständige Behörde nicht nur die versprochene Publikation der Auswertung der Ergebnisse ihrer Bobachtungsstudie SafeVac 2.0, sondern sie hat die Daten daraus mit ganz anderen Daten von Spontanmeldungen vermischt und so verhindert, dass ein Risikosignal enstehen konnte.
Quelle: Norbert Häring

15. **Absurdität der Woche: Rutte sagt, wenn wir Russisch lernen, können wir den Sozialstaat behalten**
Manchmal sind die Äußerungen westlicher Politiker wirklich lustig. Nun hat NATO-Generalsekretär Rutte gedroht, wer weiterhin Renten und Sozialsysteme haben will, müsse dann künftig Russisch lernen. Kein Scherz.
Quelle: Anti-Spiegel